

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD und CDU**

### **Masterplanprozess Mensch und Land**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag nimmt den breit angelegten Dialog zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zur Kenntnis und begrüßt den veröffentlichten Status- und Entwicklungsbericht im Masterplanprozess Mensch und Land.

Der Landtag sieht im Status- und Entwicklungsbericht eine wichtige Grundlage hin zu einem notwendigen breiten gesellschaftlichen Dialog zur Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft sowie der ländlichen Räume.

Der Landtag fordert alle Beteiligten auf, im weiteren Prozess die Suche nach Kompromissen fortzusetzen und aufeinander zuzugehen, um die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Status- und Entwicklungsbericht dahingehend zu prüfen, welche Vorschläge der Perspektivkommission wie umgesetzt werden können.

Die Landesregierung wird aufgefordert, diesbezüglich im Agrarausschuss zu berichten.

**Dr. Norbert Nieszery und Fraktion**

**Vincent Kokert und Fraktion**

**Begründung:**

Am 22. September 2013 wurde der Status- und Entwicklungsbericht im Masterplanprozess Mensch und Land veröffentlicht. Der Bericht ist im Internet unter <http://www.mensch-und-land.de/> veröffentlicht.

Der Status- und Entwicklungsbericht greift die Themen Natur-, Umwelt- und Tierschutz, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung bei allen Produktionsverfahren und -stufen auf. Die Handlungsempfehlungen setzen Impulse für Existenzgründungen, Wertschöpfung und den Erhalt der lebensnotwendigen und lebenswerten Bedingungen in ländlichen Räumen für heutige und kommende Generationen. Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Sicherung bestehender und der Schaffung von neuen auskömmlichen Arbeitsplätzen im Einklang mit Natur, Tradition und Lebenskultur auf dem Land.

Es ist nunmehr erforderlich, die Anregungen daraufhin zu prüfen, ob sie im Landesinteresse sind, ob unserem Land ein Mehrwert entsteht, ob sie umsetzbar sind und wenn ja, welche Ressourcen, auch finanzieller Art, dafür eingesetzt werden müssen.

Diese Erkenntnisse sollten dann in das Regierungshandeln einfließen, aktuell auch in die Erarbeitung des operativen Programms zur Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa.